

April 1, 1992

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with
Polish President Walesa on Tuesday, 31 March 1992**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with Polish President Walesa on Tuesday, 31 March 1992", April 1, 1992, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59730, 93-103. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.
<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300167>

Summary:

Kohl and Walesa talk about Poland's eagerness for EC membership and their shared irritation about general Western reservation in terms of EC enlargement. They discuss the desire of the Visegrad countries for NATO membership. Kohl reiterates his aim to to have a relationship with Poland that was similar to the German friendship with France.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 1. April 1992
ge

88
97

Über
Herrn Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn Bundeskanzler

01. April 92

Der Leiter
des Kanzlerbüros 3)
02. APR. 1992
i.

Betr.: Vermerk über Ihr Gespräch mit dem polnischen
Staatspräsident Walesa am 31. März 1992

Hiermit lege ich o.a. Vermerk über Ihr Gespräch mit dem polnischen
Staatspräsident Walesa am 31. März 1992 vor.

Ich gehe davon aus, daß der Vermerk nicht weitergeleitet wird.

Hartmann
(Dr. Hartmann)

Hartmann 3/4

see.
1 Me 2/87
2 3/4
2 22/28

AL 2

Bonn, den 1. April 1992

89
98V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem polnischen Staatspräsident Walesa am Dienstag, 31. März 1992

Der Bundeskanzler heißt Präsident Walesa herzlich willkommen. Er drückt zugleich die Hoffnung aus, den persönlichen Kontakt intensiv fortsetzen zu können und bietet Präsident Walesa an, künftig regelmäßig miteinander zu telefonieren.

Präsident Walesa bedankt sich für die Gelegenheit zu dem Gespräch und erklärt, er wolle keine Klagen und Wünsche vortragen. Er sei ein Praktiker der Politik. Bekanntlich decke sich die Theorie nicht immer mit der Praxis.

Der Bundeskanzler habe recht, was die weitere Entwicklung in Europa angehe. In Polen befinde man sich nach wie vor in einer Revolution, die man nicht vorausberechnen könne. Er selbst stecke in der Unlogik dieser Revolution mitten drin.

Die Völker Mittel- und Osteuropas, die sich die Freiheit erkämpft hätten, strebten heute alle in die Europäische Gemeinschaft. Dieser Wunsch werde von den Mitgliedsstaaten der EG beinahe als ein Verbrechen angesehen. Er sei durchaus dafür, daß man das Konzept und die Logik der Europäischen Gemeinschaft beibehalte. Aber er trete gleichzeitig dafür ein, daß man die alten RGW-Strukturen nicht völlig aufgebe. Dies wäre ein Fehler. Natürlich sei es richtig, daß die Effizienz des alten RGW höchstens ein Zehntel der Effizienz der Europäischen Gemeinschaft - vielleicht noch weniger - verkörpert habe. Wenn man aber die alten Strukturen völlig aufgebe, sei dies auch nicht gut. Es sei dies auch weder der Wunsch von Polen und der CSFR, noch der Staaten der GUS. Diese Staaten wären vielmehr einverstanden, wenn sie als eine Art Untergruppe der EG

...

- 2 -

90
99

funktionieren könnten. Damit verhindere man vor allem die Abwanderung von Arbeitskräften. Auf diese Weise gewinne man Zeit, um sich der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft anzupassen.

Dies gelte analog auch für die militärische Ebene. Gegenwärtig wollten alle Staaten Mittel- und Osteuropas in die NATO. Er verstehe, daß die NATO dem nicht zustimmen könne, weil sie nicht in alle Konflikte hineingezogen werden wolle. Vielleicht könne man aber eine Art NATO B schaffen, die eine Struktur ähnlich der bestehenden NATO habe. Wichtig sei, daß man sich auf die Anerkennung der Grenzen und den Gewaltverzicht festlege und die Wanderungsprozesse eindämme. Ferner brauche man auch Streitkräfte, die diese Entwicklung kontrollierten, wobei er nichts dagegen habe, wenn dies unter der Regie der NATO stattfände.

Er sei prinzipiell der Meinung, daß die Staaten Mittel- und Osteuropas die derzeitigen Prozesse aus eigenen Kräften durchstehen müßten. Dies klinge brutal. Er habe das Konzept, das er heute dem Bundeskanzler vortrage, schon vor zwei Jahren entwickelt und wäre dem Bundeskanzler dankbar, wenn er diese Fragen weiterentwickeln würde, wobei man die wirtschaftliche und militärische Seite zusammenfügen müsse. Wenn dies nicht gelinge, gehe man auf eine gefährliche Entwicklung zu.

Der Westen habe eine andere Konzeption. Natürlich sei der Osten heute kein Gegner, aber der Zerfall berge große Gefahren in sich. Vor allem habe man es mit dem Problem zu tun, daß Waffen in unbefugte Hände gelangen könnten. Das andere Problem sei wirtschaftlicher Natur. Das Wirtschaftspotential Deutschlands werde sich erweitern. Wenn dieses Potential den östlichen Markt nicht erschliessen könne, könne dies gefährlich werden. Er wolle daher Deutschland helfen, den östlichen Markt zu erschliessen. Der Weg nach Kaliningrad, Moskau und Kiew führe über Polen. Ansätze seien sowohl die Infrastruktur als auch der Dienstleistungsbereich. Polen wolle bei Investitionen in der GUS mitmachen. Dies sei für beide Seiten nützlich. Er sei der Meinung, daß dies eine große Perspektive darstelle, die man nutzen solle. Er habe noch vier Jahre vor sich und wolle seine Amtszeit dazu nutzen, dies durchzusetzen.

...

- 3 -

100

Was die innere Lage in Polen angehe, so führten dort Theoretiker das Wort. Er versuche praktische Ergebnisse zu erzielen. Polen werde weiterhin an der Spitze der Entwicklung bleiben. Es sei nicht richtig, daß die Tschechoslowakei an der Spitze liege. Präsident Havel sei von Kommunisten gewählt worden und werde auch in Zukunft noch von Kommunisten abhängen. Die polnische Führung habe sich von den Kommunisten getrennt. Richtig sei, daß die politischen Kräfte in Polen aufgesplittert seien. Aber damit habe man zugleich der deutschen Minderheit die Chance gegeben, heute im Sejm vertreten zu sein. Die Tatsache, daß die deutsche Minderheit heute diesen Spielraum habe, sei auch darauf zurückzuführen, daß er sie unterstützt habe.

Die polnische Regierung sei vielleicht heute schwach, aber sie sei im Unterschied zur CSFR aus demokratischen Wahlen hervorgegangen. Auch gebe es Kräfte, die sich gegen ihn, den Präsidenten stellten, aber dies seien nun einmal die Spielregeln der Demokratie.

Im Unterschied zur CSFR sei in Polen die Landwirtschaft in privater Hand. Auch in der Industrie komme die Privatisierung voran. Wenn man - immer im Vergleich zur CSFR - auf die Zukunft schaue, werde Polen künftig besser dastehen.

Der Bundeskanzler dankt für die Darlegungen des Präsidenten und erklärt, er wolle eine grundsätzliche Bemerkung vorausschicken. Unser deutsches und sein persönliches Interesse sei, daß sich zwischen Polen und Deutschland ein Verhältnis wie zwischen Deutschland und Frankreich entwickele. Der Friede in Europa werde entscheidend davon abhängen. Deshalb sei alles, was wir miteinander vereinbart hätten, von größter Bedeutung. Dies gelte nicht nur für die Grenze, sondern auch für die wissenschaftliche, die wirtschaftliche und ökologische Zusammenarbeit und nicht zuletzt für den Jugendaustausch.

Es sei sein Interesse, daß sich Polen so schnell wie möglich gut entwickele. Dies gelte für die Demokratie, für die bürgerlichen Freiheiten, den Rechtsstaat und natürlich auch für die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Er sei überzeugter Anhänger der sozialen Marktwirtschaft. Das Schlechteste, was passieren könne, wäre, die Entstehung einer Wohlstandsgrenze an der Oder. Das Beste wäre, wenn sich die Dinge auf beiden Seiten gleich entwickelten.

...

- 4 -

42
101

Er habe großes Verständnis für die Probleme, denen Polen gegenüberstehe, denn wir hätten ähnliche Probleme in der früheren DDR. Zu seiner Vision eines künftigen Europa gehöre, daß Polen Teil der EG sein werde - ebenso wie Ungarn und die CSFR. Dies sei die Vision für morgen. Heute - und darin stimme er Präsident Walesa völlig zu - müsse man versuchen, einen Teil der wirtschaftlichen Kontakte im früheren RGW-Bereich zu nutzen. Dabei sei es wichtig, auch die die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion in diese Richtung zu entwickeln. Seine Sorge sei, daß sich die GUS-Staaten eher gegeneinander, statt miteinander entwickelten. Man solle alles tun, hierauf einzuwirken, wobei klar sei, daß die entsprechenden Entscheidungen in Kiew oder Moskau fallen müßten.

Er teile nicht die Auffassung derjenigen, die meinten, der Westen solle ruhig in der Loge sitzen und zuschauen - eine Meinung, die man vor allen in den USA antreffe.

Der Bundeskanzler weist auf die Unterschiede zwischen der amerikanischen Politik nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und insbesondere auf den Marshall-Plan hin. Stalin habe gewußt, warum er verhindert habe, daß Polen und die CSFR in den Genuß des Marshall-Planes kämen. Unsere Erfahrungen mit dem Marshall-Plan seien außerordentlich positiv gewesen. Deswegen sei er der Meinung, daß man jetzt versuchen müsse, auch den Ländern in den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa in konzentrierter Weise zu helfen. Deutschland stehe hierbei an vorderster Stelle, denn wir wären auch die ersten Leidtragenden, wenn es in den GUS-Staaten zu einem Chaos komme.

Die Strukturen des alten Europas stimmten nicht mehr. Beispielsweise mache es keinen Sinn mehr, wenn Polen sich mit Frankreich gegen Deutschland verbünde. Solche Überlegungen gehörten auf die Müllkippe der Geschichte.

Er stimme dem Präsidenten zu, daß man jetzt beispielsweise daran arbeiten solle, alte Betriebskontakte zwischen den neuen Bundesländern und den früheren RGW-Staaten zu nutzen. Es mache keinen Sinn, wenn die GUS-Staaten heute die Wirtschaftsbeziehungen untereinander abbrächen, wobei Folge sei, daß der eine nur über Kernkraft, der andere nur über Öl und wiederum andere nur über Weizen verfügten. Ohne einen gewissen Zusammenhalt könne dies nicht funktionieren.

...

- 5 -

G3
102

Dies gelte auch für den Bereich der Sicherheit, der ihm die größte Sorge bereite. Es gebe drei Republiken mit Nuklearwaffen. Außerdem gebe es die noch schwerer zu kontrollierenden C-Waffen. Aus alledem ergebe sich eine gezielte Chance für eine Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland, sowohl im wirtschaftlichen als auch im ökologischen und nicht zuletzt im kulturellen Bereich. Bei letzterem hoffe er, daß auch die Kirche ihren Teil übernehme.

Der Präsident habe gute Worte für die deutschen Minderheiten gefunden, für die er sich ausdrücklich bedanken wolle. Es sei in der Tat zu begrüßen, daß deutsche Abgeordnete im Sejm säßen und er hoffe, daß nunmehr das Minderheitengesetz durchkomme.

Präsident Walesa erklärt, der Bundeskanzler habe zurecht festgestellt, daß Stalin die Marshall-Plan-Hilfe für Polen verhindert habe. Stalin habe aber möglicherweise nicht gewußt, daß er verlieren werde. Man müsse heute weitsichtig sein. Zu Europa gehöre auch Frankreich. Alle Länder hätten heute Angst vor einem großen Deutschland. Aber keiner könne verhindern, daß Deutschland sich in Richtung Osten orientiere. Man solle jetzt die Geschichte lassen und an der Zukunft bauen. Was die deutsche Minderheit angehe, so wolle er sehr direkt sagen, daß die derzeitige gute Entwicklung auch auf ihn zurückgehe. Er sei bereit, dies weiterhin zu unterstützen. Die Angehörigen der deutschen Minderheit müßten allerdings auch die großen Interessen sehen.

Er nehme das Angebot des Bundeskanzlers, häufiger miteinander zu telefonieren, gerne an. Diese Kontakte solle man allerdings diskret behandeln.

Der Bundeskanzler stimmt zu.

Präsident Walesa fährt fort, Deutschland habe auch Probleme mit den neuen Bundesländern. Polen habe große Probleme mit den GUS-Staaten. Hierzu gehöre auch der Truppenabzug. Hinzukomme das Problem der Nuklearwaffen in vier Republiken der früheren Sowjetunion. Es gebe heute Leute, die meinten, daß die Lage gefährlicher sei als früher. Man müsse versuchen, diesen Prozeß zu kontrollieren.

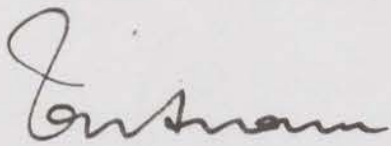
- 6 -

94
103

Der Bundeskanzler erklärt abschließend, er würde gerne Staatsminister Schmidbauer nach Warschau schicken, um die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste zu erörtern. Er wolle wissen, ob diese Dienste dem Präsidenten direkt unterstellt seien.

Präsident Walesa erwidert, die Lage sei etwas chaotisch, aber es gebe auch eine Verbindung zu ihm.

Der Bundeskanzler erklärt, es sei nicht gut, wenn die Nachrichtendienste gegeneinander arbeiteten. Er werde Präsident Walesa daher einen Brief zu dieser Sache schreiben und wie angekündigt Staatsminister Schmidbauer nach Warschau schicken. Er wäre dankbar, wenn Präsident Walesa das Nötige für die Anbahnung von Gesprächen veranlassen würde. Dabei lege er auf diskrete Behandlung großen Wert.


(Dr. Hartmann)

AL 2

Bonn, den 1. April 1992

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem polnischen Staatspräsident Walesa am Dienstag, 31. März 1992[\[1\]](#)

Der Bundeskanzler heißt Präsident Walesa herzlich willkommen. Er drückt zugleich die Hoffnung aus, den persönlichen Kontakt intensiv fortsetzen zu können und bietet Präsident Walesa an, künftig regelmäßig miteinander zu telefonieren.

Präsident Walesa bedankt sich für die Gelegenheit zu dem Gespräch und erklärt, er wolle keine Klagen und Wünsche vortragen. Er sei ein Praktiker der Politik. Bekanntlich decke sich die Theorie nicht immer mit der Praxis.

Der Bundeskanzler habe recht, was die weitere Entwicklung in Europa angehe. In Polen befinde man sich nach wie vor in einer Revolution, die man nicht vorausberechnen könne. Er selbst stecke in der Unlogik dieser Revolution mitten drin.

Die Völker Mittel- und Osteuropas, die sich die Freiheit erkämpft hätten, strebten heute alle in die Europäische Gemeinschaft. Dieser Wunsch werde von den Mitgliedsstaaten der EG beinahe als ein Verbrechen angesehen. Er sei durchaus dafür, daß man das Konzept und die Logik der Europäischen Gemeinschaft beibehalte. Aber er trete gleichzeitig dafür ein, daß man die alten RGW-Strukturen nicht völlig aufgebe. Dies wäre ein Fehler. Natürlich sei es richtig, daß die Effizienz des alten RGW höchstens ein Zehntel der Effizienz der Europäischen Gemeinschaft - vielleicht noch weniger - verkörpert habe. Wenn man aber die alten Strukturen völlig aufgebe, sei dies auch nicht gut. Es sei dies auch weder der Wunsch von Polen und der CSFR, noch der Staaten der GUS. Diese Staaten wären vielmehr einverstanden, wenn sie als eine Art Untergruppe der EG

funktionieren könnten. Damit verhindere man vor allem die Abwanderung von Arbeitskräften. Auf diese Weise gewinne man Zeit, um sich der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft anzupassen.

Dies gelte analog auch für die militärische Ebene. Gegenwärtig wollten alle Staaten Mittel- und Osteuropas in die NATO. Er verstehe, daß die NATO dem nicht zustimmen könne, weil sie nicht in alle Konflikte hineingezogen werden wolle. Vielleicht könne man aber eine Art NATO B schaffen, die eine Struktur ähnlich der bestehenden NATO habe. Wichtig sei, daß man sich auf die Anerkennung der Grenzen und den Gewaltverzicht festlege und die Wanderungsprozesse eindämme. Ferner brauche man auch Streitkräfte, die diese Entwicklung kontrollierten, wobei er nichts dagegen habe, wenn dies unter der Regie der NATO stattfände.

Er sei prinzipiell der Meinung, daß die Staaten Mittel- und Osteuropas die derzeitigen Prozesse aus eigenen Kräften durchstehen müßten. Dies klinge brutal. Er habe das Konzept, das er heute dem Bundeskanzler vortrage, schon vor zwei Jahren entwickelt und wäre dem Bundeskanzler dankbar, wenn er diese Fragen weiterentwickeln würde, wobei man die wirtschaftliche und militärische Seite zusammenfügen müsse. Wenn dies nicht gelinge, gehe man auf eine gefährliche Entwicklung zu.

Der Westen habe eine andere Konzeption. Natürlich sei der Osten heute kein Gegner, aber der Zerfall berge große Gefahren in sich. Vor allem habe man es mit dem Problem zu tun, daß Waffen in unbefugte Hände gelangen könnten. Das andere Problem sei wirtschaftlicher Natur. Das Wirtschaftspotential Deutschlands werde sich erweitern. Wenn dieses Potential den östlichen Markt nicht erschließen könne, könne dies gefährlich werden. Er wolle daher Deutschland helfen, den östlichen Markt zu erschließen. Der Weg nach Kaliningrad, Moskau und Kiew führe über Polen. Ansätze seien sowohl die Infrastruktur als auch der Dienstleistungsbereich. Polen wolle bei Investitionen in der GUS mitmachen. Dies sei für beide Seiten nützlich. Er sei der Meinung, daß dies eine große Perspektive darstelle, die man nutzen solle. Er habe noch vier Jahre vor sich und wolle seine Amtszeit dazu nutzen, dies durchzusetzen.

Was die innere Lage in Polen angehe, so führten dort Theoretiker das Wort. Er versuche praktische Ergebnisse zu erzielen. Polen werde weiterhin an der Spitze der Entwicklung bleiben. Es sei nicht richtig, daß die Tschechoslowakei an der Spitze liege. Präsident Havel sei von Kommunisten gewählt worden und werde auch in Zukunft noch von Kommunisten abhängen. Die polnische Führung habe sich von den

Kommunisten getrennt. Richtig sei, daß die politischen Kräfte in Polen aufgesplittert seien. Aber damit habe man zugleich der deutschen Minderheit die Chance gegeben, heute im Sejm vertreten zu sein. Die Tatsache, daß die deutsche Minderheit heute diesen Spielraum habe, sei auch darauf zurückzuführen, daß er sie unterstützt habe. Die polnische Regierung sei vielleicht heute schwach, aber sie sei im Unterschied zur CSFR aus demokratischen Wahlen hervorgegangen. Auch gebe es Kräfte, die sich gegen ihn, den Präsidenten stellten, aber dies seien nun einmal die Spielregeln der Demokratie.

Im Unterschied zur CSFR sei in Polen die Landwirtschaft in privater Hand. Auch in der Industrie komme die Privatisierung voran. Wenn man - immer im Vergleich zur CSFR - auf die Zukunft schaue, werde Polen künftig besser dastehen.

Der Bundeskanzler dankt für die Darlegungen des Präsidenten und erklärt, er wolle eine grundsätzliche Bemerkung vorausschicken. Unser deutsches und sein persönliches Interesse sei, daß sich zwischen Polen und Deutschland ein Verhältnis wie zwischen Deutschland und Frankreich entwickle. Der Friede in Europa werde entscheidend davon abhängen. Deshalb sei alles, was wir miteinander vereinbart hätten, von größter Bedeutung. Dies gelte nicht nur für die Grenze, sondern auch für die wissenschaftliche, die wirtschaftliche und ökologische Zusammenarbeit und nicht zuletzt für den Jugendaustausch.

Es sei sein Interesse, daß sich Polen so schnell wie möglich gut entwickle. Dies gelte für die Demokratie, für die bürgerlichen Freiheiten, den Rechtsstaat und natürlich auch für die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Er sei überzeugter Anhänger der sozialen Marktwirtschaft. Das Schlechteste, was passieren könne, wäre, die Entstehung einer Wohlstandsgrenze an der Oder. Das Beste wäre, wenn sich die Dinge auf beiden Seiten gleich entwickelten.

Er habe großes Verständnis für die Probleme, denen Polen gegenüberstehe, denn wir hätten ähnliche Probleme in der früheren DDR. Zu seiner Vision eines künftigen Europa gehöre, daß Polen Teil der EG sein werde - ebenso wie Ungarn und die CSFR. Dies sei die Vision für morgen. Heute - und darin stimme er Präsident Walesa völlig zu - müsse man versuchen, einen Teil der wirtschaftlichen Kontakte im früheren RGW-Bereich zu nutzen. Dabei sei es wichtig, auch die die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion in diese Richtung zu entwickeln. Seine Sorge sei, daß sich die GUS-Staaten eher gegeneinander, statt miteinander entwickelten. Man solle alles tun, hierauf einzuwirken, wobei klar sei, daß die entsprechenden Entscheidungen in Kiew oder Moskau fallen müßten.

Er teile nicht die Auffassung derjenigen, die meinten, der Westen solle ruhig in der Loge sitzen und zuschauen - eine Meinung, die man vor allen in den USA antreffe.

Der Bundeskanzler weist auf die Unterschiede zwischen der amerikanischen Politik nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und insbesondere auf den Marshall-Plan hin. Stalin habe gewußt, warum er verhindert habe, daß Polen und die CSFR in den Genuß des Marshall-Planes kämen. Unsere Erfahrungen mit dem Marshall-Plan seien außerordentlich positiv gewesen. Deswegen sei er der Meinung, daß man jetzt versuchen müsse, auch den Ländern in den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa in konzentrierter Weise zu helfen. Deutschland stehe hierbei an vorderster Stelle, denn wir wären auch die ersten Leidtragenden, wenn es in den GUS-Staaten zu einem Chaos komme.

Die Strukturen des alten Europas stimmten nicht mehr. Beispielsweise mache es keinen Sinn mehr, wenn Polen sich mit Frankreich gegen Deutschland verbünde. Solche Überlegungen gehörten auf die Müllkippe der Geschichte.

Er stimme dem Präsidenten zu, daß man jetzt beispielsweise daran arbeiten solle, alte Betriebskontakte zwischen den neuen Bundesländern und den früheren RGW-Staaten zu nutzen. Es mache keinen Sinn, wenn die GUS-Staaten heute die Wirtschaftsbeziehungen untereinander abbrechen, wobei Folge sei, daß der eine nur über Kernkraft, der andere nur über Öl und wiederum andere nur über Weizen verfügten. Ohne einen gewissen Zusammenhalt könne dies nicht funktionieren.

Dies gelte auch für den Bereich der Sicherheit, der ihm die größte Sorge bereite. Es gebe drei Republiken mit Nuklearwaffen. Außerdem gebe es die noch schwerer zu kontrollierenden C-Waffen. Aus alledem ergebe sich eine gezielte Chance für eine Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland, sowohl im wirtschaftlichen als

auch im ökologischen und nicht zuletzt im kulturellen Bereich. Bei letzterem hoffe er, daß auch die Kirche ihren Teil übernehme.

Der Präsident habe gute Worte für die deutschen Minderheiten gefunden, für die er sich ausdrücklich bedanken wolle. Es sei in der Tat zu begrüßen, daß deutsche Abgeordnete im Sejm säßen und er hoffe, daß nunmehr das Minderheitengesetz durchkomme.

Präsident Walesa erklärt, der Bundeskanzler habe zurecht festgestellt, daß Stalin die Marshall-Plan-Hilfe für Polen verhindert habe. Stalin habe aber möglicherweise nicht gewußt, daß er verlieren werde. Man müsse heute weitsichtig sein. Zu Europa gehöre auch Frankreich. Alle Länder hätten heute Angst vor einem großen Deutschland. Aber keiner könne verhindern, daß Deutschland sich in Richtung Osten orientiere. Man solle jetzt die Geschichte lassen und an der Zukunft bauen. Was die deutsche Minderheit angehe, so wolle er sehr direkt sagen, daß die derzeitige gute Entwicklung auch auf ihn zurückgehe. Er sei bereit, dies weiterhin zu unterstützen. Die Angehörigen der deutschen Minderheit müßten allerdings auch die großen Interessen sehen.

Er nehme das Angebot des Bundeskanzlers, häufiger miteinander zu telefonieren, gerne an. Diese Kontakte solle man allerdings diskret behandeln.

Der Bundeskanzler stimmt zu.

Präsident Walesa fährt fort, Deutschland habe auch Probleme mit den neuen Bundesländern. Polen habe große Probleme mit den GUS-Staaten. Hierzu gehöre auch der Truppenabzug. Hinzukomme das Problem der Nuklearwaffen in vier Republiken der früheren Sowjetunion. Es gebe heute Leute, die meinten, daß die Lage gefährlicher sei als früher. Man müsse versuchen, diesen Prozeß zu kontrollieren.

Der Bundeskanzler erklärt abschließend, er würde gerne Staatsminister Schmidbauer nach Warschau schicken, um die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste zu erörtern. Er wolle wissen, ob diese Dienste dem Präsidenten direkt unterstellt seien.

Präsident Walesa erwidert, die Lage sei etwas chaotisch, aber es gebe auch eine Verbindung zu ihm.

Der Bundeskanzler erklärt, es sei nicht gut, wenn die Nachrichtendienste gegeneinander arbeiteten. Er werde Präsident Walesa daher einen Brief zu dieser Sache schreiben und wie angekündigt Staatsminister Schmidbauer nach Warschau schicken. Er wäre dankbar, wenn Präsident Walesa das Nötige für die Anbahnung von Gesprächen veranlassen würde. Dabei lege er auf diskrete Behandlung großen Wert.

(Dr. Hartmann)

[1] BArch, B 136/59730, 93-103.

Head of Department 2
Bonn, 1 April 1992

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Meeting with Polish President Walesa on Tuesday, 31 March 1992[\[1\]](#)

The Chancellor cordially greets President Walesa. He expressed his hope for an intense continuation of contacts with President Walesa and offered to hold regular telephone conversations with each other in the future.

President Walesa expresses his gratitude for the opportunity to meet and explains that he did not want to discuss complaints or requests. He was a practitioner of politics. As was well known, theory did not always match reality.

The Chancellor was correct about how developments in Europe progressed. Poland was still in a state of revolution that could not have been predicted. He himself was in the midst of the illogic of revolution.

The peoples of Central and Eastern Europe had fought for their freedom and were all striving to become members of the European Community. This desire was almost viewed as a crime by the member states of the European Union. He was strongly in favor of maintaining the concept and the logic of the European community. But at the same time, he advocated against abandoning the former Comecon structure entirely. This would be a mistake. It was certainly correct that the efficiency of the old Comecon was at most one-tenth of the efficiency of the European Community - perhaps even less. But it would not be good to completely discard the old structures. This was neither Poland's nor the CSFR's wish, nor that of the CIS states. Rather, those states preferred a status as kind of a subgroup of the EC.

This would help prevent the exodus of the labor force. In this way, they would gain some time to adapt to the development of the European Community.

This also applied to the military sphere. Currently, all the states of Central and Eastern Europe wanted to join NATO. He understood that NATO could not approve this as it did not want to be involved in all conflicts. Perhaps it was possible to create some sort of NATO B with a similar structure to NATO. It was important to have consensus on the recognition of borders and the renunciation of force and to contain migration processes. Furthermore, military forces were needed to control these developments. He would not be opposed if all this could take place under NATO's direction.

In principle, he thought that the countries of Central and Eastern Europe had to get through the current processes on their own. This sounded brutal. Two years ago, he had already developed the concept that he currently presented to the Chancellor. He would be grateful if he and the Chancellor could push this concept further, wherein the economic and military dimensions could be blended. If this was not successful, they would be confronted with dangerous developments.

The West had a different conception. Naturally, the East was no longer an adversary, but disintegration carried with it great dangers. First, they were confronted with the danger that weapons could fall into unauthorized hands. The other problem was of an economic nature. Germany's economic potential would expand. It would be dangerous if this potential could not tap into Eastern markets. He wanted to help Germany in its effort to tap into the Eastern market. The road toward Kaliningrad, Moscow, and Kiev was through Poland. They could start with infrastructure and services. Poland wanted to participate in investment in the CIS. This was useful for both sides. He thought that this was a great opportunity which they should use. He still had four years in his tenure and wanted to push all of this through.

Regarding Poland's domestic situation, theorists led the discussion. He wanted to achieve practical results. Poland wanted to stay on the frontline of developments. It was not right that Czechoslovakia was at the forefront. President Havel had been elected by Communists and would depend on them in the future. The Polish

leadership had parted with the Communists. It was true that Poland's political forces were fragmented. Thus, at the same time, the German minority had been given the chance to be represented in the Sejm. The fact that the German minority had this kind of room for maneuver was also due to his support.

Poland's government might currently be weak, but in contrast to the CSFR, it had been established in a democratic election. There were also forces who were against him, the President, but this was part of the game of democracy.

In comparison to the CSFR, agriculture was in private hands in Poland. Privatization also continued in the industrial sector. If one looked to the future, Poland would be in a better position compared to the CSFR.

The Chancellor thanks the President for his presentation and states that he wanted to make a principal remark at the outset. Our German and his personal interested was that relations between Poland and Germany would develop as relations between Germany and France have. Peace in Europe essentially would depend on this. Thus, everything which we agreed on was of the greatest relevance. This applied not only to borders but also to scientific, economic, and environmental cooperation, and not least to cooperation for youth exchange.

His interest was for Poland to develop as soon as possible in the best way possible. This applied to democracy, civilian liberties, the rule of law, and, of course, also to economic and social conditions. He was a dedicated believer in the social market economy. The worst thing that could happen would be a border of prosperity on the Oder. The best thing would be for both sides to develop simultaneously.

He had great understanding for the problems that Poland faced. We had similar problems in the former GDR. His vision for the future of Europe included Poland as part of the European Community, as well as Hungary and the CSFR. This was the vision for tomorrow. Today – and this respect President Walesa fully agreed – one had to try to use a part of the economic contacts within the framework of the former Comecon. It was important to facilitate similar development in the republics of the former Soviet Union. His concern was that the CIS states were developing in separate directions rather than developing together. One had to do everything in one's power to make an impact, although it was clear that the final decisions would be made in Kiev and Moscow.

He did not share the position of those who thought that the West could sit back and watch from the sidelines – a position that was primarily seen in the USA.

The Chancellor refers to the difference in American policies after World War I and World War II and, in particular, to the Marshall Plan. Stalin had known that Poland the CSFR would have benefited from the Marshall Plan, which is why had prevented this. Our experience with the Marshall Plan had been an extraordinarily good one. Thus, he thought it was essential to assist the countries of Central and Eastern Europe in a similar, concentrated manner. Germany was on the frontline as we would be the first ones to suffer from chaos in the CIS countries.

The structures of the previous Europe were outdated. For instance, it no longer made sense for Poland and France to have an alliance against Germany. Such thoughts were for the rubbish heap of history.

He affirmed the President's idea to revive old contacts between enterprises in the new German provinces and in the former Comecon countries. It did not make sense for the CIS states to discontinue the economic relations between them. The consequences would be that only one had nuclear power, one had oil, and the other had just wheat. It could not work without a certain kind of cooperation.

This also applied to the realm of security, which was his greatest concern. There were three republics with nuclear weapons. Moreover, there were those with chemical weapons, which were even more difficult to control. All of this resulted in an opportunity for cooperation between Poland and Germany, in economic as well as environmental terms, in addition to culture. Regarding the lattermost, his hope was that the churches would do their part.

He wanted to thank the President for his kind words about the German minority. He welcomed the fact that German parliamentarians sat in the Sejm. His hope was that the minority law would pass through.

President Walesa says that the Chancellor had correctly pointed out that Stalin had forestalled Marshall Plan assistance for Poland. Stalin had perhaps not been aware that he would lose out. Today, one had to be far-sighted. France was also a part of Europe. All countries were afraid of a strong Germany. But nobody could prevent Germany from orienting itself toward the East. One now had to let history rest and build for the future. On the topic of the German minority, he wanted to emphasize that the current, positive developments were facilitated by his policies. He was ready to continue his support. The members of the German minority also had to consider the greater interests.

He was happy to accept the Chancellor's offer to call each other more regularly. These contacts admittedly had to be handled with discretion.

The Chancellor agrees.

President Walesa continues, saying that Germany also had problems with the new provinces. Poland had significant problems with the CIS states, including surrounding troop withdrawals. Additionally, there was the problem of nuclear weapons in four former Soviet republics. Some people thought that the situation today was even more dangerous than before. They had to try to control this process.

The Chancellor says that he was planning to send State Minister Schmidbauer to Warsaw to discuss opportunities for intelligence cooperation. He wanted to know whether the intelligence services were under the President's direction.

President Walesa replies that the situation was chaotic, but there were also ties to him.

The Chancellor explains that it would not be good for the intelligence services to work against each other. He would write President Walesa a letter on this issue and send State Minister Schmidbauer for Warsaw as indicated. He would be grateful if President Walesa would take the necessary steps to facilitate talks. He put great emphasis on discretion.

(Dr. Hartmann)

[1] BArch, B 136/59730, 93-103.